



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag •

Die politische Lage in Deutschland

Speicherpflicht für Verbindungsdaten kommt Deutschland ist das Land der gesunden Ernährung

Das Treffen der sieben großen demokratischen Industriena-tionen am vergangenen Wochenende in Elmau hat das Be-kenntnis zu den gemeinsamen Werten von Freiheit und Recht deutlich unterstrichen. Die G7 bleiben bei der Beurteilung der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und den Konsequenzen daraus einig. Und sie machen deutlich, dass wirtschaftliche Größe oder internationale Bedeutung allein nicht zur Teilnahme an diesem Treffen ausreichen. Die G7 sind kein Club der Beliebigkeit. Der Gipfel hat aber nicht nur positive Bilder von Deutschland in die Welt transportiert, sondern auch konkrete Ergebnisse erzielt. Hier wird die deutsche Handschrift deutlich. Die klare Bekräftigung der Klimaziele und die Hinwendung zu den drängenden Problemen unseres Nachbarkontinentes Afrika unterstreichen, wie wichtig die Begegnungen der G7 sind – und welche positive Effekte die Beschlüsse gerade für die Ärmsten der Welt haben können. Dieser G7-Gipfel ist deshalb auch ein Erfolg für unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Gleichzeitig haben die Polizei- und Sicherheitskräfte ausgezeichnete Arbeit geleistet, um den reibungslosen Ablauf des Gipfeltreffens zu gewährleisten. Die Kritiker der internationalen Gipfeltreffen müssen sich fragen lassen, warum sie solche Begegnungen so vehement ablehnen. Der Vorwurf der ausufernden Kosten ist scheinheilig, wenn man bedenkt, dass gerade die massiven, z.T. strafrechtlich relevanten Stör- und Sabotageaktionen einiger dieser Kritiker für einen Großteil der Kostensteigerungen verantwortlich sind. Warum sollten teure Proteste, die in der Vergangenheit nicht immer so friedlich abliefen wie jetzt in Elmau, wirkungsvoller sein als der Austausch demokratisch legiti-mierter Institutionen?

Vielleicht strahlen die Erfolge von Elmau auch auf die Dis-kussion um TTIP aus. Wenn wir uns mit unseren Freunden und Partnern, den großen demokratischen Staaten der Welt, nicht auf gemeinsame Standards einigen können, dann werden Dritte die Regeln für den Austausch bestimmen. Und diese Drittstaaten fühlen sich mit hoher Wahr-scheinlichkeit nicht den gleichen Werten verpflichtet, die uns und unsere Partner einen. Das hätte in der Tat massive Auswirkungen auf weltweite Standards in Handel und Recht, wie sie jetzt fälschlicherweise befürchten werden. Aber das bedenken viele Kritiker scheinbar nicht.

Lange haben wir dafür werben müssen, nun aber haben sich unsere guten Argumente durchgesetzt. Wir schaffen die gesetzlichen Grundlagen für die Speicherung von Ver-bindungsdaten. Damit versetzen wir unsere Ermittlungs-behörden endlich wieder in die Lage, bei schweren Strafta-ten Zugriff auf wichtige, beweisführende Daten zu erhalten. Bei der Bekämpfung des Terrorismus, der organisierten Kriminalität oder Kinderpornografie sind diese Daten häu-fig die einzigen Ansatzpunkte, um die Täter ausfindig zu machen. Das Internet hat den polizeilichen Ermittlungsmöglichkeiten neue Grenzen gesetzt, ermöglicht aber zu-gleich den Tätern weltweit, von jedem beliebigen Ort aus, massive Schäden anzurichten und kriminelle Gewinne am Ort ihrer Wahl zu erzielen. Ohne Zugriff auf Verbindungs-daten sind dem Staat bei der Aufklärung zahlreicher schwe-rer Straftaten die Hände gebunden. Das ändern wir jetzt.

Weil in der Debatte um Verbindungsdaten oft mit Halb-oder Unwahrheiten argumentiert wird, sei hier noch ein-

mal betont: Es geht nicht um die Speicherung von Kommu-nikationsinhalten. Gespeichert werden lediglich die Ver-bindungsdaten und Standortinformationen. Die Speiche-rung findet auch nicht beim Staat statt, sondern bei den Telekommunikationsunternehmen. Die Speicherdauer dieser Telefon- und Internetdaten beträgt maximal zehn Wochen. Standortinformationen von Handy-Gesprächen dürfen nur vier Wochen lang aufbewahrt werden. Danach muss das Unternehmen die Daten löschen. Bisher gibt es eine solche Löschoverpflichtung nicht und es hängt von dem jeweiligen Unternehmen selbst ab, wie lange gespeichert wird. Das ändern wir. Zudem dürfen die Daten nur in Deutschland gespeichert werden. Der Staat selbst speichert nichts. Erst wenn es einen Verdacht auf eine schwere Straftat gibt, kann ein Richter entscheiden, dass die Polizei diese Daten zur Aufklärung schrecklicher Verbrechen nutzen darf. Auch müssen die Betroffenen darüber informiert werden. Die Menschen in unserem Land wollen frei und sicher leben können. Der Staat kommt mit der Verpflichtung der Tele-kommunikationsanbieter, Verbindungsdaten begrenzt zu speichern, dieser Verantwortung nach.

Die Beratungen zu unserem Antrag „*Gesunde Ernährung stärken – Lebensmittel wertschätzen*“ und zu entsprechenden Anträgen der Opposition haben in dieser Woche deutlich gemacht, dass die Stärkung gesunder Ernährung und die Verbesserung der Wertschätzung von Lebensmitteln ein gemeinsames Ziel ist. Allerdings unterscheiden sich die Wege zur Erreichung dieses Ziels. Wir können und wollen den Menschen keinen bestimmten Lebensstil vorgeben. Die Politik kann sie aber mit unterschiedlichen Maßnahmen und Angeboten dabei unterstützen, Kompetenzen zur Ausprägung eines eigenen, gesundheitsfördernden und nach-haltigen Lebensstils zu erwerben. Wir setzen daher auf einen Weg, der auf eine insgesamt wertschätzende, ausgewo-gene und maßvolle Ernährung setzt anstatt auf Bevormun-dung durch Regulierung einzelner Lebensmittel oder Nähr-stoffe.

Bedauerlicherweise ist in Deutschland in den vergangenen Jahren eine Zunahme von ungesundem Ernährungsverhalten und Bewegungsmangel festzustellen. Die Anzahl über-gewichtiger Menschen nimmt zu. In der gesundheitlichen Präventionspolitik müssen Bewegungsmangel und falsche Ernährungsgewohnheiten stärker in den Fokus rücken. Gerade bei Kindern und Jugendlichen ist es von großer Bedeu-tung, ausgewogene Ernährungsgewohnheiten, z.B. in der Schulverpflegung, zu fördern. Aber auch bei Erwachsenen und älteren Menschen müssen Informations- und Bil-dungsangebote verstärkt werden. Neben der Ernährungs-bildung müssen die Menschen für die Vermeidung von Le-bensmittelabfällen sensibilisiert werden. Dazu gehört, das Wissen über die Landwirtschaft und die Herstellung von Lebensmitteln zu erhöhen. Jedes Schulkind sollte mindes-tens einmal einen Bauernhof besucht haben, um ein Gefühl für den Wert von Lebensmitteln zu bekommen.

Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft steht für si-chere, gesunde und bezahlbare Lebensmittel. Land und Leute profitieren von der Landwirtschaft. Wir setzen uns deshalb für eine höhere Akzeptanz und Wertschätzung der deutschen Land- und Ernährungsbranche ein, damit eine erfolgreiche und wettbewerbsfähige Lebensmittelerzeu-gung auch in Zukunft in Deutschland eine Perspektive hat.

Die Woche im Parlament

Gesetz zur weiteren Entlastung insbesondere der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie (Bürokratieentlastungsgesetz). Mit diesem Gesetz, das wir in 1. Lesung beraten haben, werden insbesondere mittelständische Unternehmen von diversen Aufzeichnungs- und Meldepflichten entlastet. Ebenfalls werden die Pauschalierungsgrenze für kurzfristig Beschäftigte im Steuerverfahren angehoben sowie die Mitteilungspflichten im Kirchensteuerabzugsverfahren im Einkommensteuergesetz reduziert. Insgesamt soll die Wirtschaft so von Bürokratiekosten im Umfang von rund 744 Millionen Euro pro Jahr entlastet werden. Wir erwarten, dass das Wirtschaftsministerium weitere Schritte folgen lässt.

Gesetz zur Stärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versorgungsstärkungsgesetz – GKV-VSG). In 2./3. Lesung haben wir Maßnahmen zur Stärkung der Gesetzlichen Krankenversicherung beschlossen. Wir führen damit u.a. die im Koalitionsvertrag zugesagten Terminservicestellen ein, um die Wartezeiten auf einen Facharzttermin zu verkürzen.

Gesunde Ernährung stärken – Lebensmittel wertschätzen. Wir haben die Beschlussempfehlung und den Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zu unserem Antrag beraten, in dem wir uns für gesunde und sichere Lebensmittel sowie eine ausgewogene Ernährung bei einem ausgeglichenen Lebensstil stark machen. Schon Kinder und Jugendliche müssen stärker als bisher für die Zusammenhänge von Ernährung, Bewegung und Gesundheit aufgeklärt werden. Wir fordern daher, die erfolgreichen Programme der Ernährungsbildung fortzuführen und einheitliche Standards in der Gemeinschaftsverpflegung in Bildungseinrichtungen einzuführen.

Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999 und des Militärisch-Technischen Abkommens zwischen der internationalen Sicherheitspräsenz (KFOR) und den Regierungen der Bundesrepublik Jugoslawien (jetzt: Republik Serbien) und der Republik Serbien vom 9. Juni 1999. Wir haben uns mit dem Antrag der Bundesregierung zur Verlängerung der Beteiligung deutscher Soldaten am Mandat KFOR befasst. Die Lage in der Republik Kosovo ist grundsätzlich ruhig und stabil, allerdings bleibt das Konflikt- und Eskalationspotenzial im kosovo-serbisch dominierten Norden Kosovos weiterhin erheblich. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein unerwarteter Zwischenfall räumlich und zeitlich begrenzt zu einer Anspannung der Lage vor Ort führen könnte. KFOR-Kräfte sollen solange im Kosovo verbleiben, bis alle Sicherheitsorgane die Sicherheit aller Bevölkerungsgruppen im Kosovo gewährleisten können. Die Kräfte unterstützen dabei u.a. die EULEX Kosovo-Polizisten der EU-Mission und die Koordinierung der internationalen humanitären Hilfe. Die deutschen Soldaten leisten im Rahmen der Mission einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der gesamten Region.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der "United Nations Interim Force in Lebanon" (UNIFIL) auf Grundlage der Resolution 1701 (2006) und nachfolgender Verlängerungsresolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, zuletzt Resolution 2172 (2014) vom 26. August 2014. Wir haben den Antrag der Bundesregierung beraten, die Beteiligung deutscher Soldaten an der Mission UNIFIL der Vereinten Nationen bis zum 30. Juni 2016 zu verlängern. Die Mandatsobergrenze soll bei 300 Soldaten bleiben. Die Mission ist für die Stabilität im Nahen Osten von großer Bedeutung, denn die Lage in der Region wird vom Syrien-Konflikt und vom Erstarken der IS-Terrormilizen bedroht. Auch die hohe Anzahl an Flüchtlingen aus der Region überfordert die Infrastruktur im Libanon und stellt das Land vor große Herausforderungen. Aus diesen Gründen unterstützt die Bundesregierung im Rahmen der Mission auch den Fähigkeitsaufbau der libanesischen Marine mit dem Ziel, dass der Libanon in Zukunft selbst den Schutz an seinen Seegrenzen übernehmen kann.

Zukunftsweisende Kulturpolitik im demografischen Wandel – Stärkung der Kultur im ländlichen Raum. Mit diesem Antrag debattierten wir erstmals die Folgen des demografischen Wandels für die Kultur. Besonders stark ist der demografische Wandel im ländlichen Raum zu spüren. Wo Gemeinden Einwohner verlieren, da gehen auch die Einkünfte zurück – und damit die Möglichkeiten, Kulturinstitutionen zu fördern.

Gleichzeitig ergeben sich aus der Bevölkerungsentwicklung auch neue Möglichkeiten. So sind Deutschlands Senioren aktiver als je zuvor und die Mitbürger mit Migrationshintergrund bringen sich zunehmend in das kulturelle Leben ein. Traditionell ist Deutschland von vielen Kulturzentren auch im ländlichen und kleinstädtischen Bereich geprägt. Diesen Zustand wollen wir beibehalten. Wir treten dafür ein, dass Deutschland als Kulturland auch in Zukunft ein lebendiges, anspruchsvolles Kulturangebot hat, das nicht nur in den Ballungsräumen, sondern auch im ländlichen Raum einem großen Publikum zur Verfügung steht.

Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (IT-Sicherheitsgesetz). In 2./3. Lesung haben wir die Gesetzesinitiative der Bundesregierung beschlossen, die einen wichtigen Baustein zur Umsetzung der Digitalen Agenda darstellt. Sie enthält Anforderungen an die IT-Sicherheit von Betreibern sogenannter „kritischer Infrastrukturen“, die für das Funktionieren des Gemeinwesens von zentraler Bedeutung sind. Diese sollen künftig Sicherheitsvorfälle an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) melden, das die Einrichtungen im Gegenzug nach Auswertung der Daten bei der Verbesserung des Schutzes ihrer Infrastrukturen unterstützt. Ebenfalls sollen Telekommunikationsanbieter verpflichtet werden, entsprechende Sicherheitsvorkehrungen zu gewährleisten, Sicherheitsvorfälle an das BSI zu melden und betroffene Nutzer zu informieren. Darüber hinaus soll das Bundeskriminalamt im Bereich Cyberkriminalität angesichts der zunehmenden Zahl von IT-Angriffen gegen Bundeseinrichtungen und gegen bundesweite kritische Infrastrukturen in seinen Rechten gestärkt werden.

Gesetz zur Einführung einer Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten. Mit diesem Gesetzentwurf, den wir in 1. Lesung beraten haben, beginnen wir mit der Umsetzung einer unserer Kleinforderungen: Um besonders schwere Straftaten aufzuklären, müssen Verbindungsdaten verfügbar sein. Wir schaffen jetzt die eng gefasste gesetzliche Grundlage für die Speicherung und Verwendung von Verkehrsdaten. Erbringer von Telekommunikationsdiensten werden verpflichtet, Verbindungsdaten für zehn, Standortdaten für vier Wochen unter hohen Sicherungsvorkehrungen im Inland zu speichern. Die Ermittlungsbehörden können die Daten zur Verfolgung besonders schwerer Straftaten abrufen, sofern die Straftat sonst nicht aufgeklärt werden kann, die Erhebung verhältnismäßig ist und ein Gericht die Erhebung schriftlich angeordnet hat. Gleichzeitig wird ein neuer Straftatbestand der Datenhehlerei eingeführt.

Daten und Fakten

Attraktiver Investitionsstandort Deutschland. Deutschland ist nach China und den USA der weltweit attraktivste Standort für Investoren. Dies ergibt sich aus einer Befragung von 808 internationalen Entscheidungsträgern aus der Wirtschaft. Gute Noten erhält Deutschland dabei vor allem für seine Infrastruktur, die Qualifikation der Arbeitskräfte sowie das soziale Klima und die Stabilität des politischen Umfelds. Gleichzeitig gibt es Verbesserungsbedarf in der Aus- und Weiterbildung im Bereich Digitalisierung, der Steuerlast sowie beim Bürokratieabbau. Im Jahr 2014 realisierten ausländische Investoren 763 Projekte und schufen dabei etwa 11.300 neue Arbeitsplätze – ein Zuwachs um jeweils 9% gegenüber dem Vorjahr. Spitzenreiter bei der Zahl der Investitionen in Deutschland sind amerikanische, chinesische und schweizerische Unternehmen.

(Quelle: EY Attractiveness Survey – Standort Deutschland 2015)

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:

Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.